

# **Verkehrssicherungspflichten der Gemeinde**

**- 1. Mitteldeutsches Bauhofforum -**

**Kleinbahnhof Wilsdruff/Sachsen,  
Mittwoch, 6. September 2017**

*Dr. Achim Peters, Passau*

# Verkehrssicherungspflichten der Gemeinde

- **Herzlich willkommen!**



# Verkehrssicherungspflichten der Gemeinde

- Gliederung
  - I. Allgemeines zur Verkehrssicherungspflicht
  - II. Verkehrssicherungspflicht kraft allgemeiner Schutzpflicht  
Exkurs: Gesetzliche Grundlagen
  - III. Verkehrssicherungspflichtige
  - IV. Geschützte Personen
  - V. Ursächlichkeit; Verschulden

# Verkehrssicherungspflichten der Gemeinde

- VI.      Rechtswidrigkeit
- VII.     Sicherheitserwartungen der beteiligten Verkehrskreise
- VIII.    Möglichkeiten zur Versicherung
- IX.      Einzelfälle
  - 1. Baumpflege
  - 2. Straßenbaustelle
  - 3. Straßenreinigung
  - 4. Winterdienst: Räum- und Streupflicht

# Verkehrssicherungspflichten der Gemeinde

- 5. Märkte, Konzerte, sonstige Veranstaltungen
- 6. Öffentliche Gebäude
- 7. Spielplatz, Stadtpark, Friedhof
- X. Literatur/Fundstellennachweise
- XI. Impressum
- XII. Ende

# I. Allgemeines zur Verkehrssicherungspflicht

- Grundsatz :
  - Es besteht keine **allgemeine Pflicht, andere durch positives Tun vor Schaden zu bewahren**, da eine derartige Pflicht uferlos und praktisch nicht erfüllbar wäre (*Wussow, VersR 2005, S. 903*).
  - In bestimmten Situationen kann aber eine **Pflicht zur Gefahrenabwehr** gegeben sein namentlich aufgrund der
    - Beherrschung eines bestimmten Sachbereichs,
    - Eröffnung eines Verkehrs.

# I. Allgemeines zur Verkehrssicherungspflicht (Forts.)

- Haftungsgrundlagen:
  - Verantwortlichkeit durch **Verkehrseröffnung**.
  - **Ingerenz:** Nach ständiger Rechtsprechung des *BGH* ergibt sich grundsätzlich für jeden, der in seinem Verantwortungsbereich eine **Gefahrenlage** schafft oder andauern lässt, die Verpflichtung, die **notwendigen** und **zumutbaren Maßnahmen** zu treffen, um andere vor Schäden zu bewahren (*BGH*, Urt. v. 13.06.2017 – Az.: VI ZR 395/16, Tz. 6 m.w.N.).
  - Wissensvorsprung des Verkehrssicherungspflichtigen – daher Gefahren
    - beseitigen,
    - vor ihnen warnen,
    - Verkehr notfalls ausschließen.

## II. Verkehrssicherungspflicht kraft allgemeiner Schutzpflicht

- Vertrag o.ä.: **§§ 311, 241 BGB.**
- Allgemeine Schutzpflicht aus dem Recht der unerlaubten Handlung: **§ 823 Abs. 1 BGB.**
- Insbesondere für die Gemeinde als K.d.ö.R.: **§ 839 Abs. 1 S. 1 BGB i.V.m. Art. 34 GG.**
  - Überwälzung der persönlichen Haftung des Beamten oder öffentlich beschäftigten Arbeitnehmers grundsätzlich auf die Gemeinde als Anstellungskörperschaft (Art. 34 Satz 1 GG).



# Exkurs: Gesetzliche Grundlagen

- **§ 823 Abs. 1 BGB – Schadensersatzpflicht:**

*„Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.“*

- **§ 839 Abs. 1 S. 1 BGB – Haftung bei Amtspflichtverl.:**

*„Verletzt ein Beamter vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat er dem Dritten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“*

# III. Verkehrssicherungspflichtige

- Zur Beachtung der Verkehrssicherungspflichten verpflichtet ist die Person, die **für die Gefahrenquelle verantwortlich** ist.
- Das ist regelmäßig
  - derjenige, der durch **sein Verhalten** die Gefahr eigenverantwortlich geschaffen hat und auch abwenden kann (daher nicht weisungsgebundene Arbeitnehmer) oder,
  - wenn die Gefahr von einer Sache ausgeht, derjenige, der (z.B. als **Eigentümer** oder **Besitzer**, etwa auch als Mieter) über die Sache tatsächlich so verfügt, dass er die von ihr ausgehende Gefahr abwenden kann.

# III. Verkehrssicherungspflichtige (Forts.)

- Im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht hat **derjenige, der die Verfügungsgewalt über ein Grundstück ausübt**, soweit möglich und zumutbar, grundsätzlich dafür zu sorgen, dass von dem Grundstück keine Gefahr für die Rechtsgüter anderer ausgeht (vgl. *BGH*, Urt. v. 13.06.2017 – Az.: VI ZR 395/16, Tz. 7 m.w.N.).
  - Keine Haftung des Eigentümers, dem die tatsächliche Verfügungsgewalt über sein Grundstück gegen oder ohne seinen Willen entzogen wurde, wenn bei ihm infolge dieses Entzugs nur noch eine rein formale Rechtsposition im Sinne einer vermögensrechtl. Zuordnung verbleibt.

# IV. Geschützte Personen

- Geschützt im Rahmen der Verkehrssicherungspflichten wird grundsätzlich jede Person, die mit der Gefahrenquelle **üblicherweise in Kontakt kommen** kann, **mit deren Gefährdung mithin gerechnet werden muss**.
- **Nicht geschützt** sind daher Personen, die sich **unbefugt** in dem Gefahrenbereich aufhalten (z.B. durch unbefugtes Betreten eines fremden Grundstücks – „**Betreten verboten!**“).
  - Mit dem **Fehlverhalten Dritter** – namentlich von Kindern – ist zu rechnen.

# V. Ursächlichkeit; Verschulden

- Eine Verpflichtung zum Schadensersatz besteht nur dann, wenn die Verletzung der VerkSichPfl. für die Schädigung des anderen **ursächlich** ist (**Kausalität**), und auch nur in diesem Umfang.
- Zudem muss der VerkSichPfl. schuldhaft gehandelt haben, d.h. mit **Vorsatz** oder **Fahrlässigkeit**.
  - **§ 276 Abs. 2 BGB:** „*Fahrlässig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt.*“
- Evtl. kommt eine Kürzung des Anspruchs des Geschädigten wegen **Mitverschuldens (§ 254 Abs. 1 BGB)** in Betracht, u.U. sogar auf Null.
  - Einen Fußgänger, der im Bereich einer ihm **bekannt**en **Baustelle** zu Schaden kommt, trifft in der Regel ein erhebliches Mitverschulden an seinem Unfall (*OLG Naumburg, Urt. v. 16.09.2011 – Az.: 10 U 3/11*).

# VI. Rechtswidrigkeit

- Die Rechtswidrigkeit der Schädigung des fremden Rechtsguts wird durch die Pflichtverletzung **indiziert**, es sei denn, der Verpflichtete kann sich auf einen **Rechtfertigungsgrund** berufen.
  - Als Rechtfertigungsgrund kommt z.B. in Betracht der **rechtfertigende Notstand (§ 904 BGB)**.

# VII. Sicherheitserwartungen der beteiligten Verkehrskreise

- Rein tatsächlich ist es **nicht möglich, jeden Geschehensablauf**, der – etwa durch einen Unfall – zur Schädigung eines anderen führt, **von vornherein sicher auszuschließen**.
- Erforderlich sind daher **nur die Maßnahmen**, die ein **umsichtiger und verständiger, in vernünftigen Grenzen vorsichtiger Mensch** für notwendig und ausreichend hält, um die Gefahr abzuwenden.
  - Der Verpflichtete muss also **nicht gegen alle denkbaren, wenn auch entfernt liegenden Möglichkeiten** eines Schadenseintritts vorsorgen, wohl aber den Sicherheitserwartungen der beteiligten Verkehrskreise in geeigneter Weise entsprechen.
- Auch muss der Verpflichtete geeignete Maßnahmen gegen Gefahren treffen, die **nur er rechtzeitig erkennen** kann.

# VII. Sicherheitserwartungen der beteiligten Verkehrskreise (Forts.)

- Dort, wo vorhanden, wird der Inhalt der VerkSichPfl. durch **DIN-Normen, Unfallverhütungsvorschriften** oder **allgemeine berufliche Standards** präzisiert.
- Wer sich zur Erfüllung seiner VerkSichPfl. **dritter Personen (z.B. Beauftragter)** bedient, hat diese allgemein fortlaufend zu überwachen; die VerkSichPfl. konkretisiert sich insoweit zu einer **Aufsichts-/Überwachungspflicht**.
- Eine Grenze findet die Pflicht zur Vermeidung und Abwendung der Gefahr in der **wirtschaftlichen Zumutbarkeit** für den Verpflichteten.



# VIII. Möglichkeiten zur Versicherung

- Grundsätzlich kann die Haftpflicht der verkehrssicherungspflichtigen Gemeinde in Deckung gegeben werden durch den Abschluss eines **Haftpflichtversicherungsvertrags**.
  - Im Rahmen der **Ziff. 1 AHB** sind bei jur. Personen d.ö.R. als VN auch Ansprüche aus § 839 BGB gedeckt (*Kummer*, in: *Terbille/Höra [Hrsg.]*, MünchAnwHdb. VersR, a.a.O., § 12 RdNr. 39).
- In vielen Fällen sind die Gemeinden jedoch in **kommunalen Schadensausgleichen** organisiert.
  - Diese sind nicht rechtsfähige Vereine, in denen die Gemeinden Mitglied sind. In einem **Umlageverfahren** werden dort die entstandenen Ansprüche gegen einzelne Mitglieder aus Haftpflicht-Schadensfällen auf alle Mitglieder verteilt.
- Daneben wird eine **kommunale Haftpflichtversicherung** als Spezialprodukt in diesem Bereich angeboten von **Kommunalversicherern**. Diese sind z.B. die *Versicherungskammer Bayern (VKB)* oder die *Württembergische Gemeinde-Versicherung (WGV)*.

# IX. Einzelfälle



# 1. Baumpflege

- Derjenige, der die Verfügungsgewalt über ein **Grundstück** ausübt, hat, soweit möglich und zumutbar, grundsätzlich dafür zu sorgen, dass **von dort stehenden Bäumen keine Gefahr** für die Rechtsgüter anderer – etwa auf öffentlichen Verkehrsflächen oder benachbarten Privatgrundstücken – ausgeht (*BGH*, Urt. v. 13.06.2017 – Az.: VI ZR 395/16, Tz. 7 m.w.N.).

# 1. Baumpflege (Forts.)

- **Überprüfungspflicht:** Bäume müssen mind. zweimal jährlich einer Kontrolle unterzogen werden in Hinblick auf:
  - Zustand, insbesondere Schäden,
  - Gesundheit oder Erkrankungen,
  - Standfestigkeit.
    - Von der **Wurzel** bis zum **Astwerk** der Krone.
    - Laubbäume müssen mind. einmal p.a. auch im **unbelaubten Zustand** untersucht werden.
    - *OLG Düsseldorf*, Urt. v. 15.01.2002 – Az.: 4 U 73/01, VersR 2003, S. 74.

# 1. Baumpflege (Forts.)

- Unterschiedliche Anforderungen:
  - Befindet sich ein Baum in **Privatbesitz**, so sind geringere Anforderungen an die Verkehrssicherungspflicht zu stellen als bei Bäumen, die sich in öffentlichem Besitz befinden.
  - Von **Städten und Gemeinden** ist hingegen zu erwarten, dass sie die im öffentlichen Verkehrsraum befindlichen Bäume regelmäßig von **qualifiziertem Personal** darauf kontrollieren lassen, ob trockenes Laub, dürre Äste, Beschädigungen oder andere Anhaltspunkte vorliegen, die zu einer näheren Untersuchung der Bäume Anlass geben (*OLG Oldenburg*, Beschl. v. 11.05.2017 – Az.: 12 U 7/17).

# 1. Baumpflege (Forts.)

- **Herabfallende Früchte:** Eine Gemeinde ist grundsätzlich nicht verpflichtet, den Kfz–Verkehr auf einer Durchfahrtsstraße umfassend vor Schäden durch herabfallende Früchte eines am Straßenrand stehenden Baumes (Walnussbaum) zu schützen. Ein Straßenbenutzer muss gewisse Gefahren, die auf Gegebenheiten der Natur beruhen, als **unvermeidbar** und daher **eigenes Risiko** hinnehmen. Eine VerkSichPfl. kann daher nur in solchen Fällen bestehen, bei denen die **Gefahr erheblicher Schäden für Leib, Leben oder Eigentum von Verkehrsteilnehmern** durch herabfallende Früchte droht (*OLG Stuttgart*, Urt. v. 30.10.2002 – Az.: 4 U 100/02, MDR 2003, S. 28).

# 1. Baumpflege (Forts.)



# 1. Baumpflege (Forts.)

- **Astbruchgefahr:** Gemeinden sind nicht dazu verpflichtet, [vorsorglich] Äste eines **von seiner Art her zwar anfälligen, grundsätzlich aber gesunden Baums** zu entfernen, um eine Gefährdung Dritter auszuschließen. Kommt es zu einem Schaden, weil von einem derartigen Baum ein Ast abbricht, so kann die Gemeinde nicht für die Folgen in Anspruch genommen werden (*OLG Saarbrücken*, Urt. v. 26.11.2015 – Az.: 4 U 64/14).



# 1. Baumpflege (Forts.)

- Waldbesitzer:
  - **§ 14 Abs. 1 BWaldG:** *„Das Betreten des Waldes zum Zwecke der Erholung ist gestattet. Das Radfahren, das Fahren mit Krankenfahrrädern und das Reiten im Walde ist nur auf Straßen und Wegen gestattet. **Die Benutzung geschieht auf eigene Gefahr.**“*
  - Daher: Eine Haftung des Waldbesitzers wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht besteht grundsätzlich **nicht für walddtypische Gefahren** (BGH, Urt. v. 02.10.2012 – Az.: VI ZR 311/11, VersR 2012, S. 1528 ff.).

## 2. Straßenbaustelle



## 2. Straßenbaustelle (Forts.)

- Bei Bauarbeiten im öffentlichen Straßenraum ist neben der ausführenden Baufirma und der Bauherrin **auch die Kommune verkehrssicherungspflichtig**, die die betreffende Straße verwaltet und für sie die **Straßenbaulast** trägt, ohne dass sie sich auf das Verweisungsprivileg aus § 839 Abs. 1 S. 2 BGB berufen kann (vgl. *Sprau*, in: *Palandt*, a.a.O., § 839 RdNr. 143, 144 m.w.N.).

## 2. Straßenbaustelle (Forts.)

- **Bauarbeiten** müssen so durchgeführt und die Baustelle so gesichert werden, dass **objektiv vorhersehbare Gefahren** von Dritten ferngehalten werden (*Sprau*, in: *Palandt*, a.a.O., § 823 RdNr. 191 m.w.N.).
- Die Verkehrssicherungspflicht bezieht sich nicht nur auf die Baumaßnahme selbst, sondern auch auf die **Maßnahmen zur Sicherung der Baustelle**.
  - Wer einen **Bauzaun** aufstellt, ist i.d.R. bis zu seiner Entfernung für dessen **Standfestigkeit** verantwortlich (*AG München*, Urt. v. 19.12.2016 – Az.: 251 C 15396/16).

## 2. Straßenbaustelle (Forts.)

- Jedoch besteht eine **eigene Verantwortung des Verletzten**, wenn es ihm problemlos möglich war, sich **auf die von ihm erkannte Gefahr einzustellen**, z.B. wenn er
  - als **Fahrradfahrer** bei einer **Ausfräsung im Straßenbelag** vom Fahrrad hätte absteigen können (*LG Coburg*, Urt. v. 11.02.2015 – Az.: 12 O 522/14),
  - als ortskundiger **Fußgänger** trotz Dunkelheit bei genügender Aufmerksamkeit den **Gully** als Stolperfalle hätte erkennen können (*OLG Naumburg*, Urt. v. 16.09.2011 – Az.: 10 U 3/11).

# 3. Straßenreinigung

- **Überprüfungspflicht:** Eine Gemeinde hat ihre **Gemeindestraßen** gezielt auf **Verschmutzungen** zu kontrollieren, die für andere Verkehrsteilnehmer eine Gefahrenquelle bilden können.
- Die **Anbringung von Warnschildern** oder sonstigen Verkehrszeichen ist zur Sicherheit des Straßenverkehrs **nur an gefährlichen Stellen** objektiv erforderlich (*Sprau*, in: *Palandt*, a.a.O., § 839 RdNr. 144 m.w.N.).
  - Z.B. vor einer **Ölspur**.

# 3. Straßenreinigung (Forts.)

- Ein besonderer Hinweis auf eine als solche bereits **deutlich sichtbare Gefahrenquelle** einer Fahrbahn ist nicht erforderlich.
  - Insbesondere **Herbstlaub**: Fußgänger müssen sich jedenfalls im Herbst darauf einstellen, dass auf Gehwegen im Bereich von Laubbäumen beim Abfallen von Blättern und dem Hinzukommen von Regenwasser **stets eine gewisse Rutschgefahr** besteht (*KG [Berlin]*, Urt. v. 11.10.2005 – Az.: 9 U 134/04, MDR 2006, S. 753).

# 4. Winterdienst: Räum- und Streupflicht





# 4. Winterdienst: Räum- und Streupflicht (Forts.)

- Die Streupflicht setzt eine **konkrete Gefahrenlage** voraus; ein „**vorbeugendes**“ Streuen ist nicht erforderlich. Grundsätzlich kann einer Gemeinde daher auch nicht zugemutet werden, das Straßennetz ständig auf unvorhersehbare Eisglätte zu kontrollieren, ohne dass nach der Wetterlage hierfür Anlass besteht (*OLG Frankfurt am Main*, Urt. v. 14.03.1985 – Az.: 1 U 112/84, VersR 1987, S. 204).
- Sind im Bereich eines Grundstücks nur **vereinzelte Glättestellen** ohne erkennbare Anhaltspunkte für eine ernsthaft drohende Gefahr vorhanden, ist nicht von einer allgemeinen Glättebildung auszugehen, die eine **Streupflicht** begründen könnte (*BGH*, Urt. v. 12.06.2012 – Az.: VI ZR 138/11).

# 4. Winterdienst: Räum- und Streupflicht (Forts.)

- **Öffentlicher Parkplatz**

- Eine Gemeinde ist verpflichtet, auf einem von ihr betriebenen öffentlichen Parkplatz bei winterlichen Verhältnissen **zumindest einen Fußpfad bis zum nächsten Bürgersteig** zu räumen und zu streuen. Diese Verpflichtung besteht auch bei leichtem Schneefall, falls gleichzeitig an anderen, weniger vorrangigen Stellen Winterdienst verrichtet wird (*OLG Frankfurt am Main*, Urt. v. 10.07.1986 – Az.: 1 U 17/85, NJW–RR 1986, S. 1405).
- Wer seinen Kunden einen Parkplatz bereitstellt, **für dessen Benutzung Geld verlangt** und ihn so einrichtet, dass man nicht mit wenigen Schritten den Bürgersteig erreichen kann, kann sich **nicht** durch Anbringen eines Schildes mit der Aufschrift „**Bei Schnee und Eis wird nicht geräumt und nicht gestreut**“ seiner Verkehrssicherungspflicht entledigen (*OLG Karlsruhe*, Urt. v. 22.09.2004 – Az.: 7 U 94/03, VersR 2006, S. 135).

## 4. Winterdienst: Räum- und Streupflicht (Forts.)

- **Blitzeis in München am 15.02.2008:**

Die Kommunale Räum- und Streupflicht steht unter dem **Vorbehalt des Zumutbaren** (*OLG München, Urt. v. 01.10.2009 – Az.: 1 U 3243/09, VersVerm 7-8/2010, S. 289*).

- Wenn bei so ungünstiger Witterung der städtische Streudienst im Dauereinsatz ist, darf und muss man beim Räumen und Streuen **Prioritäten** setzen.
- **Freie Gehwege von 06.00 bis 22.00 Uhr** kann eine Stadt – jedenfalls im winterlichen Bayern [*sic!*] – **nicht mit vertretbaren Mitteln gewährleisten.**

# 5. Märkte, Konzerte, sonstige Veranstaltungen



# 5. Märkte, Konzerte, sonstige Veranstaltungen (Forts.)

- **Märkte**

- Bereits bei der Gestaltung eines innerstädtischen Marktplatzes sind **Stolpergefahren** zu vermeiden, die erst relevant werden, wenn sie an Markttagen wegen der Verkaufsstände und der damit verbundenen Ablenkung leicht übersehen werden können (*OLG Hamm*, Urt. v. 13.01.2006 – Az.: 9 U 143/05, *VersR* 2007, S. 518).
- Die Gemeinde ist neben dem Standinhaber dafür verantwortlich, dass das **Vordach eines Verkaufsstands** nicht in den Luftraum einer Straße ragt und hierdurch Lkw-Fahrer gefährdet werden (*OLG Jena*, Urt. v. 05.08.1997 – Az.: 3 U 1489/96, *VersR* 1998, S. 990).

# 5. Märkte, Konzerte, sonstige Veranstaltungen (Forts.)



# 5. Märkte, Konzerte, sonstige Veranstaltungen (Forts.)

- **Konzerte**

- Pflicht der Gemeinde als Veranstalter, die Besucher durch geeignete Maßnahmen zu schützen u.a. vor:
  - Gehörschäden durch **übermäßige Lautstärke** des Dargebotenen,
  - Verletzung durch „**Stage-diving**“/„**Crowd-surfing**“,
  - **Umstürzen** von Geräten.
- Der Veranstalter muss mit **typischen gefährdungsspezifischen Verhaltensweisen** der Besucher rechnen (Alkoholgenuss, Gewaltbereitschaft o.ä.; *Sprau*, in: *Palandt*, a.a.O., § 823 RdNr. 236 m.w.N.).

# 5. Märkte, Konzerte, sonstige Veranstaltungen (Forts.)

- **Volkslauf**

- Wer sich bei einem **Waldcross-Hindernislauf** an einem Hindernis verletzt, kann i.d.R. nicht den Veranstalter für die Folgen der Verletzung zur Verantwortung ziehen. Denn es ist Sinn und Zweck eines solchen Laufs, dass sich die Teilnehmer an Hindernissen beweisen können, die in freier Natur auftretenden Barrieren nachempfunden sind. Das aber bringt es mit sich, dass im Bereich der Hindernisse **Unebenheiten und Unregelmäßigkeiten** auftreten können, auf die sich die Teilnehmer einer solchen Veranstaltung einstellen müssen (*LG Köln, Urt. v. 04.04.2017 – Az.: 3 O 129/16*).



# 5. Märkte, Konzerte, sonstige Veranstaltungen (Forts.)



# 5. Märkte, Konzerte, sonstige Veranstaltungen (Forts.)

- **Karnevals-/Faschingsumzug**

- Wer als Zuschauer an einem Karnevalsumzug teilnimmt, muss damit rechnen, von **Süßigkeiten** – z.B. von Schokoriegeln, die von einem der Festwagen geworfenen werden – und anderen kleineren Gegenständen getroffen zu werden; das gilt auch im Umkreis bestimmter Gebäude, wie etwa einer **Seniorenresidenz** (*AG Köln*, Urt. v. 07.01.2011 – Az.: 123 C 254/10).

# 5. Märkte, Konzerte, sonstige Veranstaltungen (Forts.)

- Sicherheitspersonal:
  - Solange keine konkreten Anhaltspunkte für die konkrete Gefährdung der Besucher und Teilnehmer einer Veranstaltung – z.B. eines Straßenfestes – vorliegen, ist der Veranstalter nicht zum Einsatz von Sicherheitspersonal verpflichtet.
  - Eine andere Einschätzung kann sich ergeben unter dem Eindruck **terroristischer Bedrohung und Anschläge** auf die Teilnehmer von Volkfesten.

# 6. Öffentliche Gebäude



Verkehrssicherungspflichten der Gemeinde  
(c) Dr. Achim Peters, 2017

# 6. Öffentliche Gebäude (Forts.)

- **Rathaus**

- Die VerkSichPfl. der Gemeinde erstreckt sich auf den dem öffentlichen Verkehr zugänglichen Bereich der Flächen und Räume, einschließlich
  - Zu- und Abgangswege,
  - Parkplätze.
- Besteht **Publikumsverkehr**, gelten strenge Sicherheitsstandards (*Sprau*, in: *Palandt*, a.a.O., § 823 RdNr. 199 m.w.N.).

# 6. Öffentliche Gebäude (Forts.)

- Kommt der Besucher eines Rathauses auf einer **schadhaften Treppe** zu Fall, so kann die Gemeinde i.d.R. nicht für die Folgen des Sturzes verantwortlich gemacht werden. Eine Gemeinde ist zwar grundsätzlich für den Zustand ihres Rathauses verantwortlich. Sie ist jedoch nicht zu lückenlosen Sicherungsvorkehrungen verpflichtet. Daraus folgt, dass sich die Benutzer einer Treppe den örtlichen Verhältnissen anpassen und bei **erkennbaren Beschädigungen** entsprechend **vorsichtig sein** müssen (vgl. *OLG Brandenburg*, Urt. v. 31.05.2011 – Az.: 2 U 54/10: Wahllokal).

# 6. Öffentliche Gebäude (Forts.)



# 6. Öffentliche Gebäude (Forts.)

- **Schwimmbad/öffentliche Badeanstalt**
  - Es besteht die Pflicht des Betreibers, die Benutzer vor solchen Gefahren zu schützen, die **über das übliche Risiko** des Badebetriebs **hinausgehen** und **nicht ohne Weiteres erkennbar oder vorhersehbar** sind (*BGH*, Urt. v. 21.03.2000 – Az.: VI ZR 158/99, *NJW* 2000, S. 1946).
  - Es sind auch Gefahren zu berücksichtigen, die bei einem zwar **unangemessenen, u.U. auch vorschriftswidrigen oder missbräuchlichen, aber nicht ganz fernliegenden Verhalten** drohen (*Sprau*, in: *Palandt*, a.a.O., § 823 RdNr. 189 m.w.N.), insbesondere beim Besuch durch **Kinder/Jugendliche**.
  - Erforderlich ist **Aufsichtspersonal**, das von einem **geeigneten Standort** aus oder durch **häufigeren Standortwechsel** aus verschiedenen Blickwinkeln das gesamte Bad überblicken und Sicht in die Becken haben kann (*Sprau*, a.a.O.).



# 6. Öffentliche Gebäude (Forts.)

- Wer in einem Schwimmbad **grundlegende und jedem Besucher einleuchtende Regeln und Sicherheitsvorkehrungen** missachtet, ist in vollem Umfang für einen dadurch ausgelösten Unfall verantwortlich. Das gilt auch dann, wenn er sich der Gefahren angeblich nicht bewusst war (*OLG Koblenz*, Urt. v. 21.06.2012 – Az.: 2 U 271/11: Rutsche).
- Der Besucher eines Schwimmbades hat geringe **Höhenunterschiede des Bodenbelages** hinzunehmen. Kommt er wegen einer kleinen Kante des Belages zu Fall, so stehen ihm in der Regel weder Schadenersatz noch Schmerzensgeld zu (*LG Coburg*, Urt. v. 28.07.2010 – Az.: 21 O 249/10).

# 6. Öffentliche Gebäude (Forts.)



# 6. Öffentliche Gebäude (Forts.)

- **Schulgebäude**

- Das Schulgebäude nebst Anlagen ist an die **besonderen Zwecke der Schule** anzupassen (*Sprau*, in: *Palandt*, a.a.O., § 839 RdNr. 137 m.w.N.).
  - Die VerkSichPfl. umfasst die **Sicherung des Treppengeländers** gegen Hinunterrutschen und
  - die Sicherstellung der **ordnungsgemäßen Beschaffenheit von Anlagen und Geräten**.
- Es stellt eine Verletzung der VerkSichPfl. dar, wenn aus einer Backsteinmauer eines Schulgebäudes herausragende **Metallanker**, die sich in einem für spielende Kinder zugänglichen Bereich befinden, nicht entfernt werden (*OLG Celle*, Urt. v. 14.07.2005 – Az.: 14 U 17/05, OLG-Report Celle 2005, S. 606).

# 7. Spielplatz, Stadtpark, Friedhof



# 7. Spielpl., Stadtpark, Friedhof (Forts.)

- **(Kinder-)Spielplatz**

- Die Gemeinde ist verpflichtet, für die Sicherheit eines öffentlichen Spielplatzes unter Berücksichtigung der **Neugierde** und der **fehlenden oder geringen Einsichtsfähigkeit** von Kindern zu sorgen (*Sprau*, in: *Palandt*, a.a.O., § 823 RdNr. 205 m.w.N.).
  - Der Umfang der VerkSichPfl. richtet sich **nach dem jüngsten in Betracht kommenden Benutzer**. – Geringere Anforderungen bei sog. Abenteuerspielplatz für ältere Kinder.
  - **Strenger Maßstab** bezüglich Gefahren, die über das bei bestimmungsgemäßer Benutzung **übliche Risiko hinausgehen** und für den Benutzer **nicht ohne Weiteres erkennbar** sind.
- Die Gemeinde muss im Rahmen ihrer VerkSichPfl. **Holzgeräte** auf Spielplätzen auf Unebenheiten an Kanten, Ecken und Überständen regelmäßig überwachen und instand halten (*OLG Düsseldorf*, Urt. v. 13.11.1997 – Az.: 18 U 75/97, r + s 1998, S. 417).

# 7. Spielpl., Stadtpark, Friedhof (Forts.)



# 7. Spielpl., Stadtpark, Friedhof (Forts.)

- **Stadtpark**

- Wer beim **Rodeln** in einem Stadtpark verunglückt, weil er mit seinem Schlitten über einen am Ende des Hangs befindlichen Absatz gefahren ist, hat gegen die für den Park zuständige Gemeinde keinen Anspruch auf Zahlung von Schadenersatz und Schmerzensgeld, wenn das Gelände, auf welchem der Kläger zu Schaden kam, **als Park und nicht als Rodelfläche** konzipiert wurde (*OLG Hamm*, Urt. v. 03.09.2010 – Az.: I-9 U 81/10).

# 7. Spielpl., Stadtpark, Friedhof (Forts.)





# 7. Spielpl., Stadtpark, Friedhof (Forts.)

- **Friedhof**

- Die VerkSichPfl. der Gemeinde als Friedhofsträger besteht nur gegenüber den **Friedhofsbesuchern** (*OLG Frankfurt am Main*, Urt. v. 30.03.1989 – Az.: 1 U 81/88, NJW 1989, S. 2824).
- Der Friedhofsträger hat die VerkSichPfl. für die **Standfestigkeit der Grabsteine**. Daneben besteht die Haftung des Grabstelleninhabers aus § 837 BGB (*Sprau*, in: *Palandt*, a.a.O., § 823 RdNr. 196 m.w.N.).
  - Es besteht keine Haftung des Friedhofsträgers gegenüber dem Grabstelleninhaber selbst.
- Keine VerkSichPfl. des Friedhofsträgers auf einem erkennbar unfertigen, mit **ausgehobenen Gräbern** versehenen Gräberfeld (*Sprau*, a.a.O.).

# X. Literatur/Fundstellennachweise

- *Palandt*, BGB, 76. Auflage, München 2017.
- *Peters*, Verkehrssicherungspflichten der Gemeinde, in: *Stefan Reinl (Hrsg.)*, Das 1x1 des Bauhofs, Merching 2012, S. 231-240 (FORUM Verlag Herkert).
- *Peters*, Verkehrssicherungspflichten, in: *Der Bauhof-Leiter*, 6. Jg., Oktober 2016, S. 28-31 (FORUM Verlag Herkert).
- *Schneider*, Haftungsfragen im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit von Bäumen, *VersR* 2007, S. 743-760.
- *Terbille/Höra (Hrsg.)*, Münchener Anwaltshandbuch Versicherungsrecht, 3. Auflage, München 2013.
- *Wussow*, Verkehrssicherungspflichten bei der Durchführung von Sonderveranstaltungen, *VersR* 2005, S. 903-907.
- Gerichtsentscheidungen – mit Ausnahme von Urteilen des *BGH* – sind, wenn keine andere Fundstelle angegeben ist, entnommen aus: [www.VersicherungsJournal.de](http://www.VersicherungsJournal.de).

# XI. Impressum

- **Dr. iur. Achim Peters**  
Englmeierstraße 6  
D-94034 Passau  
Telefon: (0851) 20152440  
Mobil: (0175) 7632190  
E-Mail: achim.peters.passau  
@freenet.de



- Bildnachweise: (c) Dr. Achim Peters, 2013-2017; Foto Kaps, Passau, 2012.

# XII. Ende

- **Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

